

Der Tabak-Verbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Verbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Unterwerter müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Auszugspreis beträgt 80 Pf. für die beschallte Zeitrolle. Der Betrag ist im voran zu entrichten.

S. 39

Sonnabend, den 28. September

1919

Größe Statistikkarten

sind voraus. Wir bitten dringend, die Karte pünktlich und vollständig ausgefüllt einzusenden.

Als Fälligkeit ist der 27. September zu nehmen. Einzusenden sind die Karten bis spätestens den 10. Oktober d. J. Diejenigen Zahlstellen, die keine Karten erhalten haben sollten, müssen diese sofort dem Vorstand mitteilen.

Die diesmaligen Angaben gebrauchen mit zur Bearbeitung ist das Statistische Amt. Es darf uns also bei der Ausstellung keine Karte fehlen.

Der Vorstand.

Die Tabaksteuer in der Nationalversammlung.

(Fortsetzung.)

Auf nein das Wort kein Deutscher Abgeordneter erlaubte.

Dennoch, Abgeordneter: Verehrte Amtesende! Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß bei der kolossalen Finanznot des Reiches aus dem Tabak das herausgeholt werden muß, was er vertragen kann. Wenn wir irgendwo zu § 6, C, D und Abs. 4 einige Anträge gestellt haben, so ist die finanzielle Wirkung dieser Anträge eine ganz unbedeutende. Der Antrag zu § 6 Abs. 1 C, die §§ 1 und 2 zu streichen, könnte im § 6 Abs. 4 zu liegen:

Als Brüderkult ist der Tabal, der keiner als einhalb Millimeter ist, begreiflich folgendes: Wie wollen in erster Linie dafür sorgen, daß der inländische Tabakbau gefördert wird, daß er mehr konkurrenzfähig wird gegenüber dem ausländischen Tabal. Wir wollen keinen Preis des kleinen Mannes nicht allzu stark belasten, und wir wollen drittens auch unsere Pfeifentabakindustrie aufrecht erhalten. Denn diese wird gerade durch die immer mehr gestiegene Konkurrenz bei Zigaretten und Zigarren in eine immer schwierigere Lage gebracht. (Sehr richtig rechts.) Allgemein bekannt ist ja, daß der Tabal, der im Inlande gehauzt wird, unter gewissen Umständen sich weniger oder gar nicht zur Zigarettenherstellung eignet. Nahezu ist dies der Rundtabal, der in Thüringen, auf dem Eichsfelde und auch anderswo viel angebaut wird. Dieser Tabal hat starke Rippen und ist auch durch seine sonstigen Eigenschaften weniger zur Herstellung von Zigaretten geeignet. Ferner wissen wir, daß in zweckreichen Jahren der deutsche Tabal sich weniger zur Zigarettenherstellung eignet. Wie wollen deshalb den inländischen Tabal eine bessere Verwendungsmöglichkeit schaffen? Nun ist es ja bekannt, daß die lange und mühelange Pfeife immer weiter zurückgebaut wird; sie ist bei der Arbeit hinderlich. Deshalb gewinnt die kurze Schrägpfeife immer mehr Anhänger, nicht nur in Norddeutschland, wo sie schon vertreten war, sie dehnt sich auch immer mehr in Mittel- und Süddeutschland aus. Wir sehen ja, daß auch in der Nationalversammlung diese kurze Schrägpfeife sich einer besonderen Beliebtheit erfreut. Nun ist in dieser kurzen Pfeife nur Brüderkult zu rauchen, denn der Groschkult lohnt in derselben und brennt auch sehr schlecht.

Wir hatten nun in der ersten Sitzung in der Kommission den Antrag gestellt, daß als Brüderkult derjenige Tabal gilt, der länger als ein Millimeter gefordert ist. Wir hatten in der Kommission, hörte mir reizend, einstimmig uns darum schriftlich darum geraten, daß wir jungen ehemals 1½ Millimeter. Nun kam eine Eingabe des Verbundes der Zigarettenindustrie. Sie fühlte sich dadurch geschädigt, daß der Brüderkult einhalb Millimeter betragen sollte. Es waren da Berechnungen aufgestellt, wie große Spannung bei den Verbrauchern erzielt würden, wenn man sich die Zigarette selbst herstellt. Einmal stimmten diese Berechnungen nicht, denn sie gingen von einer ganz faulen Voraussetzung aus, indem sie unvermeidliche Gebrauch miteinander verneinen. Dann hatten aber die Gründer den armen Fehler gemacht, daß sie ihrer Eingabe noch Proben beigelegt, Proben, die aus einem halben Millimeter Tabal hergestellt waren. Die Herren in der Kommission haben sich ja überzeugt, sie haben es versucht, diese Zigaretten zu rauchen, aber nur bei einem Versuch gelungen, denn dieselben waren überhaupt nicht zu rauchen. Und dabei ist doch zu bedenken, daß die Zigaretten noch mit einer ganz besonderen Rauchqualität hergestellt wurden. Zum Rauchtabal gehört aber doch tatsächlich Tabal, der einen vierfach bezüglichweise einen halben Millimeter geschnitten ist. Es ist mir deshalb unbegreiflich, wie die Kommission bei der zweiten Sitzung umfassen konnte und ein dreiviertel Millimeter in die Vorlage hineinschreibt. Man befürchtete die Konkurrenz gegenüber den Zigaretten. Verehrte Amtesende! Es liegt eine Zigarette nicht unter 50 Pfennig an haben ist, kann auch der Brüderkult der Zigarette keine Konkurrenz machen, auch dann nicht, wenn der Preis der Zigarette noch wesentlich zurückgeht. Die weniger leistungsfähigen Raucher werden bei solchen Preisen keine Zigaretten kaufen, sondern werden entweder auf den Rauchtabak verzichten, was bekanntlich sehr schwer fällt, oder sich mit oslerischen Erfolg weiter zu behelfen suchen. Ich glaube, wir sollten hier auf die weniger leistungsfähigen Raucher Rücksicht nehmen. (Sehr richtig rechts.) Ein statistisches Interesse spricht jedenfalls nicht dagegen.

Der weitere Antrag zu C, §§ 1 und 2 zu streichen, verfolgt denselben Zweck. Die billigen Preislagen kommen so für die Zigarettenindustrie kaum in Frage. Der Tabal wird so durch den Brüderkult nicht wertvoller, sondern bleibt doch immer dasselbe Produkt. Nach der Vorlage soll der Brüderkult pro Kilogramm zu 3 Mark nur mit 1 Mark besteuert werden, der Tabakpreis soll sich dann auf 2,80 Mark, der Handelspreis auf 3,20 Mark. Wird der Tabal nun eingekauft, so soll er 3 Mark Steuer tragen. Er kann dann nur zu einem erheblich höheren Preis in den Handel kommen. Der Brüderkult ist bis zu 10 Mark soll 3 Mark Steuer tragen; als Groschkult tragt derselbe Tabal eine Steuer von 1 Mark bis 2,50 Mark. Der Brüderkult von 10 bis 15 Mark soll 6,50 Mark Steuer tragen, der Groschkult dagegen eine Steuer von 2,50 bis 4,50 Mark. Nach unserem Vorschlag wäre es möglich, unter gegenwärtigen Verhältnissen 1 Kilogramm Brüderkult von der billigen Sorte, die vor dem Artikel 2 Mark kostete, nach zu 15 Mark zu liefern, während derselbe Tabal nach den Vorschlägen der Kommission 20 Mark kosten würde, weil er dann unter die Steuerstufe C §§ 1 fallen würde. Das wäre eine unverhältnismäßige

mäßige hohe Belastung des Brüderkults in den billigen Preislagen, und zwar nur deshalb, weil dasselbe Produkt eben preisgünstiger ist, damit es in der billigen Pfeife gezaucht werden kann.

Wie ist nun das finanzielle Ergebnis unseres Antrages? In der Berechnung des Antrags beträgt es, daß 150 000

Kilogramm Brüderkult anzunehmen sind, davon kommen 40 000

Kilogramm auf die Steuerstufe bis zu 10 M., das soll ein Steuer-

soll von 150 000 M. ergeben. In die zweite Stufe von 10 bis 15 M.

kommen 64 000 Kilogramm, das macht 352 000 M. Steuer. In Summa

kommen also 480 000 M. Steuer in Kreis, während nach unserem An-

trag nur 300 000 M. Steuer herauskommen, so daß ein Brüderkultansatz

sich nur 126 000 M. in Betracht kommt. Das ist doch eine ver-

hüllend kleine Summe gegenüber dem Betrage von 1 113 000

Mark, den der Brüderkult bringt soll. Nur hat schon der Herr

Kollege Schäfer gesagt, daß der deutsche Tabal der Tabal des kleinsten Mannes ist, und deshalb möchte ich auch die Herren von der Linse bitten, für die kleinen Tabale des kleinen Mannes einzutreten und dafür zu sorgen, daß der deutsche Tabal im Brüderkult nicht abzuholen wird. Nach der gegenwärtigen Preislage

sind wir eigentlich beantragt, die §§ 1 bis 4 zu streichen. Über wir hoffen eher auf ein Einigungskomitee dieses hohen Hauses,

wenn wir uns entscheiden und nur die Streichung der §§ 1 und 2 beantragen. Die Folge hierauf wäre ja, daß man, um die Blätter

entweder wieder von 10 auf 20 Mark erhöhen müßte, wie das in der

ersten Sitzung der Kommission beschlossen wurde.

Unsere Anträge begegnen nichts anderes, als was wir bei

dem Gesetz von 1918 beschlossen haben. Damals haben wir auch den

Tabal in der Preislage bis zu 3 Mark nicht unter die Brüderkultbelebung gestellt. Wenn man damals 8 Mark annahm, so sind

heute 16 Mark nicht zu hoch gegreift. Unsere Anträge liegen im

Interesse des einheimischen Tabals. Der einheimische Tabakbau wird dann konkurrierfähig gemacht, namentlich in den Jahren,

wenn er sich weniger auf Zigarettenherstellung eignet, und wie bitte

Sie, im Interesse des deutschen Tabakbaus und der weniger

leistungsfähigen Raucher unsere Anträge anzunehmen.

Nun hat der Herr Kollege Schäfer gesagt, daß die Vorlage

800 000 Mark zur Bewältigung des inländischen Tabakbaus

eingelegt hätte. Es ist aber von Seiten der Herren Sozial-

demokraten in der Kommission gesagt worden, daß sie von ihrem

Standpunkt aus kein Interesse hätten, den Tabakbau weiter auszu-

zuhören, denn das ginge auf Kosten des Betriebsbaus. Bezeichnen

wir uns einmal die statistischen Zahlen. Die Anbausfläche des

deutschen Tabaks betrug im Jahre 1916 12 111 Hektar, und die Anbausfläche unseres Kulturlandes beträgt 32 Millionen Hektar. Also auf 2500

Hektar andere Kulturpflanzen kommt erst ein Hektar Tabal. Also

ist hier überhaupt keine Rolle bezüglich des Betriebsbaus, wenn

man den inländischen Tabakbau noch weiter ausgedehnt wird, und ich

glaube im Interesse unserer Valuta und von dem Gesichtspunkt aus,

dass wir das, was wir im Inland selbst erzeugen können, auch selbst

erzeugen sollten, können wir unseren Tabakbau noch etwas ausdehnen.

1881 wurden 27 250 Hektar angebaut, also weit mehr als das

Doppelte als gegenwärtig. Gegenwärtig haben wir 5 000 Tabak-

bauern im Deutschen Reich; 1881 waren es 240 000. Sie leben

davon, daß wir unser Tabakbau noch wesentlich ausdehnen können, ehe

wir wieder zur alten Blüte des Tabakbaus in Deutschland kom-

men, und wir haben allen Ansatz, den Tabal, den wir im Inland

rauen können, selbst zu bauen, wenn auch der ausländische Tabal

als die feinste Qualität immer die Hauptrolle spielen wird. Wenn

Tabakbau handelt es sich nur um die kleinen und kleinsten Bauern;

dann im Durchschnitt kommen auf den Bauern nur 15 Ar.

Ich möchte also nochmals bitten, im Interesse unseres Tabak-

hauses, im Interesse der weniger leistungsfähigen Raucher und im

Interesse der Aufrechterhaltung der Weizenindustrie unsere Anträge

anzunehmen. (Bravo! rechts.)

Arbeitsräte in der Tabakindustrie.

Ein Heft geht durch die Länder des alten Europa. Es ist der Ruf nach dem Arbeitsrat. Jeder Arbeiter, den ich hier sprach, wollte ihn unbedingt haben. Niemand fragt, wie sie sich die Wirkungsweise des Arbeitsrates vorstellen. Wir sind ein sozialrechtlich geschulte Gewerkschaftler, so entwickelt er auch ganz annehmbare Vorschläge. Andere dagegen der Unorganisierte, oder der neu Organisierte. Meist ein ganz verbündetes Gesicht. Da, wo wir haben doch einen Vorstand, haben ein Disziplinarwesen. Ich bin ein Freund der Brüderlichkeit, die müssen ja wissen, wie es gemacht wird!

Kollegen, Kolleginnen! Auch wir müssen uns ja darüber fürchten, ob der Arbeitsrat in der Tabakindustrie zur Geltung kommen soll oder nicht. So schädlich ich diese Räte halte, wenn sie allein berufen wären, die Politik im Staat zu betreiben, ein so armer

Freund bin ich von den Betrieben. Diese werden tatsächlich benötigt, Güter zu schaffen für ihre Mitarbeiter. Aber

ich bin der festen Überzeugung, daß dadurch die Gewerkschaften

nicht überflüssig werden, denn sie besser der Arbeitsrat sachlich und

gewerkschaftlich geführt ist, desto eher wird er in der Lage sein,

zwar nicht zu verhindern, sondern zu begrenzen, was der meiste geschulte

Arbeitsrat weiß. So schädlich ist diese Räte, wenn sie allein berufen

wären, die Politik im Staat zu betreiben, ein so armer

Freund bin ich von den Betrieben. Diese werden tatsächlich benötigt,

um die Gewerkschaften zu unterstützen. Ich bin ein Freund der Brüderlichkeit, die müssen ja wissen, wie es gemacht wird!

Kollegen, Kolleginnen! Auch wir müssen uns ja darüber fürchten,

ob der Arbeitsrat in der Tabakindustrie zur Geltung kommen soll oder nicht. So schädlich ich diese Räte halte, wenn sie allein

berufen wären, die Politik im Staat zu betreiben, ein so armer

Freund bin ich von den Betrieben. Diese werden tatsächlich benötigt,

um die Gewerkschaften zu unterstützen. Ich bin ein Freund der Brüderlichkeit, die müssen ja wissen, wie es gemacht wird!

Die Menschheit kann den Proletariat an den Produktions-

mitteln nicht mit einem Schlag aufheben. Solange es aber kleine

gewerkschaftliche Gruppen gibt, kann die Menschheit nicht

überleben. Solange es aber kleine gewerkschaftliche Gruppen gibt,

die nicht zusammenarbeiten, kann die Menschheit nicht überleben.

Die Menschheit kann den Proletariat an den Produktions-

mitteln nicht mit einem Schlag aufheben. Solange es aber kleine

gewerkschaftliche Gruppen gibt, kann die Menschheit nicht überleben.

Die Menschheit kann den Proletariat an den Produktions-

mitteln nicht mit einem Schlag aufheben. Solange es aber kleine

gewerkschaftliche Gruppen gibt, kann die Menschheit nicht überleben.

Die Menschheit kann den Proletariat an den Produktions-

mitteln nicht mit einem Schlag aufheben. Solange es aber kleine

gewerkschaftliche Gruppen gibt, kann die Menschheit nicht überleben.

Ich möchte nicht die ganzen Bestrebungen beschreiben, sondern nur die Einzelheiten des § 7:

a) Entlassungen dürfen nur noch Anzahlung des Betriebsrates erfolgen. Man darf also in Zukunft in jedem, soviel wie möglich, Weise auf Widerstand des Betriebes aufmerksam machen, ohne befürchten zu müssen, gleich zu "stehen".

b) Bei der Einstellung und Verwendung von Frauen und Jugendlichen zur Versorgung von Männerarbeitern. Hier hindern, daß die Frauen für gleiche Arbeit deutlich weniger Lohn bekommen, oder doch der Betrieb fast nur auf Lehrlingen bestellt, die man mangels anderer ansetzt und sie dann entlädt, um wieder neue Lehrlinge einzustellen und sich dabei die Löhne füllt. Lehrlinge sind nur dann da, um das betreffende Handwerk gut zu erlernen, um später in diesem Beruf ihr Fortkommen zu finden.

c) Bei der Festlegung klarerer Arbeitsschichten wegen Mangels an Plätzen, oder von Überlasten, Nacht- und Sonnabendarbeiten in Höhlen bringender Notwendigkeit. Hier dürfen wir wohl den kleinen Wohns für zukünftige Höhle beibehalten. So manche Kollegin verdient jetzt noch halbwegs, während sie sonst entlassen worden wäre. Notwendig, Überstand zu machen, ist auf keinen Fall, wenn im Ort noch arbeitslose Vertriebs

kleinen Summe, wie dieses ja vor dem Interesse der Frau war und fühlte sich nur aus Rücksicht auf den Vorstandsmangel unverbleiben musk. Auch der Inhalt müsste mehr den Interessen der Frauen Rechnung tragen. Besonders wäre es auch zu beachten, wenn unsere möglichen Kolleginnen sich völlig an der Vervollkommenung unseres Verbandes beteiligen würden.

Als eine Stütze in unserem Verwaltungsbüro müssen wir bestimmt werden, daß in ihr noch weibliche Kräfte, die fest beschäftigt sind, eingesetzt werden. Die Anstellung einer weiblichen Kräfte in der Verbandsverwaltung hat, soweit ich mich erinnere, einige Zeit vor dem Kriege bereits Stand aufgestellt und hat wohl seitens des Vorstandes eine Ablehnung erfahren. Das ist ein Argument, welches Deichmann hat in Helsingborg für die Heranziehung weiblicher Kräfte aufgestellt und betont, daß es praktisch so schwer durchführbar sei, eben wegen der häuslichen Stellung der Frauen. (Red.)

Mr. 23 des "Tabak-Arbeiter" heizt ein Interat, in dem 4 Ortsbeamte gefordert werden. Leider geht aus dem Interat nicht hervor, ob auch weibliche Mitarbeiter bei der Anstellung verhindern würden, denn es ist darin nur von "Bewerberen" die Rede. (Selbstverständlich werden auch weibliche Mitarbeiter bei genügender Fähigkeit berücksichtigt. Red.) Gewiß geht das Verstreben dahin, nur die Tätschelten, die auf eine möglichst lange nemoralische Tätigkeit zurückzuführen sind, für Ortsbeamte auszumachen. Dies sind nun in der überwiegenden Mehrheit wohl männliche Mitarbeiter. Aber sollten sich nicht auch Angebote von Frauen finden, denen man ebenfalls die Leitung einer Verbandsverwaltung antragen könnte? Soll man Frauen nur zutun, unbedachte Verwaltungsstellen zu übernehmen, sie aber vor dem Betrieb der leichten Anstellung aufzuhalten? Gewiß erfordert die angekündigte Vervollständigung einer Tabakfirma mit mehreren hundert Mitarbeitern Nahrungsmittel Fleisch und et. was Erhaltung. Aber die erforderliche Routine erwirkt leider neben dem Ortsbeamte doch erst mit der Zeit, auch steht ja die alte Verbandsverwaltung einem neuen Kollegen dauernd zur Seite, die noch durch Orientierung einer Mitarbeiter erweitert werden könnte. Zum wendeten kann eine Frau in Tabakstellen mit vornehmlich weißlichen Kolleginnen eingesetzt eintaktisch wirken, wie ein Mann.

Wenn ich jetzt meine Berechnungen schicke, so wie ich es mit der Hilfe von der Verbandsleitung, bei Beurteilung der Bewerber nach Möglichkeit auch die Einsichtnahme der weiblichen Kolleginnen in weiblichen Maße anberücksichtige, nicht nur im Interesse der weiblichen Mitarbeiter, sondern im Gesamtbereiche unseres Verbandes.

Ablauf 9.

Bekanntmachung Nr. 502 der Detag Bremen.

Alle Zigarettenhersteller, Kleinmengenverkäufer und Händler 3. Hand werden hierdurch aufgefordert, unverzüglich Bedarfserträge für Auslandstabak in dreifacher Ausfertigung nur mit Kopf und Unterschrift, aber ohne Mengenangabe vorzusehen, an die Detag Bremen gelangen zu lassen. Die zu zuerkennenden Rechtabigmengen werden von der Detag Bremen in die Anträge eingetragen unter Belantrag der Verarbeitungsdauer für die zuerkannten Mengen.

Bremen, den 15. September 1919.

Deutsche Tabashandels-Gesellschaft von 1916 m. b. H.
Bremen.

Bekanntmachung Nr. 1006.

Zu Bekanntmachung Nr. 1003, den Verkehr mit Rippen betreffend, wird Nachstehendes bekanntgegeben:

Zu Absatz 8:

Da eine Verbrauchsaufgabe an die Detag Bremen nicht mehr einzuschicken ist, fällt die Bestimmung, die Rippenbestandsnachweise zusammen mit der monatlichen Verbrauchsaufgabe einzusenden, weg. Der Rippenbestandsnachweis ist gesondert einzusenden.

Zu Absatz 20:

Die Umsatzsteuer von 5 vom Tausend ist in den festgesetzten Zuschlägen enthalten. Sie kann erst gesondert in Rechnung gestellt werden, wenn die zu erwartende Erhöhung eintreffe.

Mannheim, den 18. September 1919.

Deutsche Tabashandels-Gesellschaft von 1916, Abt. Inland
m. b. H., Mannheim.

Zur öffentlichen Bewirtschaftung des Rohtabaks.

Angewidert wird die Ausschaffung verbreitet, die öffentliche Bewirtschaftung des Rohtabaks inländischer Herkunft sei aufgehoben. Dies ist durchaus ungutstellend. Die Bundesratsverordnung über Rohtabak vom 10. Oktober 1916, die zu Gunsten der Deutschen Tabashandels-Gesellschaft von 1916 Abt. Inland m. b. H., Mannheim, die Bezugnahme der Preise an unearbeiteten und bearbeiteten Tabakblättern (Inländischer Herkunft sowie an Gipsblättern (Röpfen), Seitenstreifen (Seitenstreifen), Tabakstäuben, Tabaktrümmern (Tabaktrümmern) und Tabakabsäcken angeordnet und ihr die Verteilung des beschlagnahmten Tabaks nach Bedarfsanteilen übertragen hat, gilt nach wie vor für das ganze Deutsche Reich, auch für das besetzte Saartheinische Gebiet.

Der Wissenschaftsbericht hat an der fortwährenden Gültigkeit dieser Bundesratsverordnung nicht das geringste geäußert. Der vom gesamten deutschen Tabakgewerbe (Fabriker, Tabakhändler, Hersteller, Händler mit Tabakwaren, Agenten und Vertreter, Angestellte, Arbeiter) gewünschte Bezeichnungsanschluß der neuen Ztg. in Bremen hat, hat sich im Gegenteil für die Fortführung der öffentlichen Bewirtschaftung für den Tabakmarkt 1919 ausgesprochen und zwar aus Gründen der allgemeinen Rohstoffkrise. Dieser öffentlichen Bewirtschaftung durch die Deutsche Tabashandels-Gesellschaft von 1916 Abt. Inland m. b. H., Mannheim, werden folgende Preise für die Ernte 1919 zu Grunde gelegt:

Borbruch, Sandblatt, Hauptabteil 325 bis 450 M. l. b. Gentian	200	250	
Grußpfeffer	120	150	
Rohtabak	200	250	
Gipsblätter	100	120	
Tabakstäube grün, bei 1. Lieferung bis 1. Dezember	15	—	
Tabakstäube trocken, bei 1. Lieferung nach 1. März	60	—	

Mannheim, September 1919.

Deutsche Tabashandels-Gesellschaft
von 1916 Abt. Inland m. b. H.
Mannheim.

Aus Hanau.

Zum 2. September hielt die Schäßbelle Konzert eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Lamm stellte aus, daß sich das neue Gewerbeamtssiegel wieder neu gebildet habe und seien wir bestrebt, beizutreten. Der Arbeitgeber ist pro Mitglied auf 50 M. festgelegt worden und seien wie bisher erwartungen, einen Beitrag zu erheben, so die 5 M. pro verlastete Marke für die Bewirtschaftung zum ausrichten. Kollege Egger erklärte, daß er ein Begruß jedes Arbeitgebers sei; lieber sollte man auf dem Verband.

tag die Weitläge erhöhen und den Haftstellen 25 Prozent der Einnahmen am Ort zur Besteitung aller notwendigen Ausgaben befallen. Ein Antrag des Kollegen Voßhardt, vortrefflich einen Extrabetrag von 50 M. zu erheben, bis die Haftgebühren vom Vorstand anderweitig geregelt sei, stand einstimmig Annahme. Der Beitrag soll in der Höhe des Quartals erhöhen werden. Kollege Schäffer referierte über die Gaulkonferenz. In der lebhaften Debatte wurde verlangt, daß die Tabaksteuer auf die Tagessordnung der Generalversammlung gelegt werden solle und wurde ein dementsprechender Antrag einstimmig angenommen. Desgleichen ein Antrag, zu § 8 des Statuts: Von den getesteten Verbandsabteilungen verbleben nicht 5 M., sondern 25 Prozent der Kosten. Kollege Voßhardt Lamm wurde als Mandat zum Verbandsstag ausspielt. Die Gaulkonferenz findet am 21. d. M. vormittags 10 Uhr in Hanau im Saalbau, Weißstraße 2, statt.

Aus Freiberg i. S.

Zum 8. September fand in Freiberg i. S. eine stark besuchte Versammlung mit folgender Tagessordnung statt: 1. Wie soll die Wiedereinstellung der Tabakarbeiter vor sich gehen? 2. Stellungnahme bezüglich Vorläufige zum Verbandsstag. 3. Gewerkschaftliches. Zu Punkt 1 der Tagessordnung sprach Kollege Müller aus: Die Tatsache, daß bei Wiederbeginn der Tabakindustrie mit zunächst 25 M. ein großer Teil von Kollegen und Kolleginnen nicht wieder eingestellt werden könnte, habe die Verwaltung veranlaßt, hierzu eine Stellung zu nehmen und sei dies zu dem Resultat gekommen, daß die Wiedereinstellung nicht dem blinden Hass überlassen werden dürfe, sondern daß die Organisation die Angelegenheit, um die Einstellung auf möglichst gerechte Weise vor sich gehen zu lassen, in die Hände zu nehmen habe. Kollege Baumhardt führte hierzu aus: Das Tabakgewerbe sei von sehr das Altersdrücke unter den andern Gewerben verschieden. Obwohl Tabak als Luxus verklärt wird, waren und sind die Tabakarbeiter doch immer die am schlechtesten bezahlten. Und dazu hätten die Tabaksteuer noch das Krüppeln getan. Jeder erinnere sich wohl noch der Tabaksteuer von 1909; geradezu verheerend habe sie auf das Tabakgewerbe, besonders auf die Arbeiter gewirkt. Täufende wurden brotlos und so mancher hätte Abschied vom Brett nehmen müssen. Und kaum habe sich das Tabakgewerbe etwas erholt, da sei eine viel größere Katastrophe hereingebrochen: der Krieg. Endlich sei alles wie geschrumpft gewesen; wiederum seien tausende Tabakarbeiter mit einem Schlag brotlos geworden und nur ganz allmählich und mit dem Erlöschen der Heereslieferungen sei Befreiung eingetreten; ja, die Produktion habe sich sogar gehoben und anstelle der eindringenden Kollegen habe manche Arbeiter das Tabakgewerbe jetzt wieder aus des Krieges ergriffen. Aber bald sei es auch wieder bergab gegangen, die Tabakarbeiter gingen zur Weise und in demselben Maße seien die Entlassungen gestiegen, bis dies in den letzten Monaten den Höhenpunkt erreicht hätte. In dem in Freiberg jüngst fast sämtliche Zigarrenfabriken ihren Betrieb eingestellt hätten und demnach fast alle Tabakarbeiter arbeitslos seien. Ja dem Angenblick, da die Wiedereinführung der Tabakindustrie, und zwar zunächst mit 25 M. des im Jahre 1913 verbrannten Rohmaterials, in Ansicht gestellt wurde, habe es sich mit der Frage der Wiedereinstellung sofort beschäftigt und sei zu der Überzeugung gekommen, daß hier auf alle Fälle Schritte unternommen werden müssten, und zwar möglichst schnell. Zu diesem Zweck habe es zunächst Erstattungen durch die Unterklasse in Umlauf gebracht und in einer Verwaltungssitzung den Plan vorgelegt, durch die Ermittlungslisten sich einmal die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Zahl der Arbeitslosen beginnen, der Mitglieder festzustellen. Weiter zu ermitteln, wieviel Arbeiter bei der Wiedereinstellung in den einzelnen Betrieben in Frage kämen. Die Verwaltung einteilte sich in diesem Sinne und kam zu dem Schluss, daß bei der Wiedereinstellung vor allen Dingen die arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen und die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Betriebe zu berücksichtigen seien. Um dies möglichst zu machen, mußte die Organisation die Arbeitsvermittlung in die Hände nehmen. Die Verwaltung habe sich erachtet, um der Sache Nachdruck zu verleihen, mit dem Stadtrat in Südburg zu treten bzw. durch den Stadtrat eine Verhandlung mit den Fabrikanten herbeizuführen. Dies sei gelungen. Die Ermittlungen hätten nun folgendes Bild ergeben: Die Betriebe würden teilweise nicht einmal in dem Umfang zu fabrizieren anfangen können, wie sie zuletzt aufgehoben haben, und da nun ein großer Teil Arbeiter schon vorher und während des Krieges entlassen worden sei und auch viele Kollegen aus dem Felde seien. Hierzu kommt, daß seien viel mehr arbeitslose Tabakarbeiter am Platze, als eingestellt werden könnten. Wer sollte nun eingestellt werden, und wer sollte zurücktreten? Die Verwaltung sieht auf dem Standpunkt, daß, wie schon oben angeführt, zunächst sämtliche Kollegen und Kolleginnen, die nur auf die Unterstützung angewiesen seien, eingestellt werden müssten, also der Grundarbeiter, Witwen und sonstige alleinstehende Arbeiter, die keine andere Arbeit verrichten können. Auf der anderen Seite müssten zunächst diejenigen Tabakarbeiterinnen, deren Männer eine feste Arbeit hätten, im Interesse ihrer Kollegen zurücktreten, um so einen möglichst gerechten Ausgleich zu schaffen. Die Verwaltung sei sich klar, daß dieses äußerst schwer und nicht ohne Härten geben werde, aber wir können über die Tatsache nicht hinweg, daß zunächst ein großer Teil nicht mit eingestellt würde. Damit aber die Meinung nicht ausstünde, daß dabei endg. einzigst gehandelt werde, schlägt die Verwaltung der Versammlung dazu vor, eine Kommission zu wählen, zusammengelegt aus Arbeitern aller Betriebe, die über die Einstellungen zu entscheiden hätten. Hieran anschließend forderte Kollege Müller die Anwesenden auf, hierzu ihre Meinung fund zu tun, denn in ihren Händen liege es, ob die Wiedereinstellung in der Weise, wie sie von der Verwaltung geplant sei, von sich gehen solle. Der Vorschlag der Verwaltung wurde angenommen, worauf die Kommission, bestehend aus 24 Kollegen und Kolleginnen, gewählt wurde. Kollege Müller gibt bekannt, daß die Kommission am 10. 9. ihre Arbeit beginne. Zu Punkt 2 der Tagessordnung beantragt Kollege Baumhardt: 1. Der Ertrag des Vorstandes vom 8. April 1919, welcher besagt, daß diejenigen arbeitslosen Mitglieder, die von der Gemeinde nicht mit Dreivierteln ihres Verdienstes unterstützt werden, das Fehlende (soweit sie nach dem Statut zur Unterstützung berechtigt sind) aus Verbandsmitteln als Zulage bekommen sollen, ist aufzuheben und in folgendem Wortkasten zu erneuern: Arbeitslose Mitglieder, die von der Gemeinde Erwerbslosenunterstützung beziehen, erhalten vom Verband, soweit sie zur Unterstützung berechtigt sind, 50 M. der ihnen nach dem Statut aufzuhaltenden Unterstützungssumme als Unterstützung ausgezahlt." Der Antrag wurde unterstützt. Weiter stellt Kollege Baumhardt den Antrag, für die arbeitslosen Mitglieder Arbeitslosenmarken einzuführen und bringt folgende Verbindung vor: Da das Einkommen bei Arbeitslosigkeit ein geringeres sei, so müsse auch die Beitragsleistung herabgesetzt werden. Außerdem steht er auf dem Standpunkt, daß an eine vollständige Beitragsbefreiung bei Arbeitslosigkeit, sofern Unterstützung begogen wird, wohl kaum zu denken sei und wohl auch nicht einmal in Interesse der Mitglieder liege. Kollege Baumhardt steht auf dem Standpunkt, daß Arbeitslose überhaupt keine Beiträge leisten sollten. Kollege Schäffer stellt die Frage an Kollegen Zimmermann, wie er es meine, ob die Verbandsunterstützung dann trotzdem geziichtet werden sollte, was Kollege Zimmermann befürchtet. Nachdem die Kollegen Gründler und Lange des Kollegen Baumhardt unterstellt und Kollege Müller seinen Standpunkt zur Beitragsleistung noch dorthin zum Ausdruck brachte, daß den Arbeitslosen die Beitragsleistung tatsächlich schwer falle, wurde der Antrag in folgender Fassung unterstützt: Für arbeitslose Mitglieder, welche von der Gemeinde oder vom Verband Unterstützung beziehen, sind Arbeitslosenmarken einzuführen, bezogen, haben die Mitglieder zu leben in der I. Klasse 10 M., II. Klasse 20 M., III. Klasse 30 M., welche bei Berechnung der Unterstützungsperiode als volllastige Beiträge zu gelten haben. Als Kandidaten zum Verbandsstag werden die Kollegen Kurt Schubert, Heinrich Baumhardt und Wilhelm Henning vorgeschlagen. Kollege Müller steht noch aus, daß man sich in Zukunft jedenfalls auf den Verbandsbezirksgesetz mehr damit beschäftigen müsse, die Verbände im großen zusammenzufassen. Weiter macht er noch auf die 5 M. der ihnen nach dem Statut aufzuhaltenden Unterstützungssumme aufmerksam.

Am 10. September fand in Achim eine Stadtbewohnerversammlung statt. Zur Gaulkonferenz in Hannover wurde Kollege Müller gewählt. Sobald wurde Stellung genommen in einem Schreiben des Kreisaußenausschusses bezüglich Errichtung eines Kreiswahlbezirks. Kollege Müller erklärte in kurzen Wörtern den Austritt eines solchen Amtes und beschwerte die Entwendung von Delegierten in den Ortswahlbezirksausschuk. Dies wurde angenommen. Es wurden gewählt die Kollegen Klein, Schäfer und Krause. Kollege Müller und Frau Schäfer. Kollege Müller wurde Stellung zum Vorstandswahlbezirk gewonnen. Kollege Müller nahm einen kurzen Bericht über die Tagessordnung und betonte, daß sich bei der Verbandsung mit wichtigen Fragen zu belasten habe, wobei auch die Tabakarbeiter berücksichtigt wurde und welche für die armen Tabakarbeiter wieder von grossem Schaden wäre. Erster habe man bei früherer Tagessitzung einberufen, aber jetzt sei sie ohne viel Bedeutung bemüßigt worden. An der Debatte beteiligte sich der Kollege Schäfer, der Seidemann, Dr. Nagel, Dr. Meier und Blohm. Es wurde die Belehrung des Kollegen Seidemann und Schäfer nicht bestätigt. Ferner wurde der Antrag gestellt, der Verbandsung sollte beschlossen, den Vorstand aufzulösen, darin in weiterer Folge die Wiederwahl im Tabakgewerbe aufzubehen. Es wird als eindeutig erkannt, daß die Wiederwahl im Tabakgewerbe aufzubehen ist und gleichzeitig die Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände aufzulösen. Dies wurde angenommen. Es wurden gewählt die Kollegen Schäfer, Dr. Nagel, Peterse, Frau Schwarze, Kleiderer, Anna Schink und der Sekretär Konrad. Am 10. September fand in Achim eine Stadtbewohnerversammlung statt. Zur Gaulkonferenz in Hannover wurde Kollege Müller gewählt. Sobald wurde Stellung genommen in einem Schreiben des Kreisaußenausschusses bezüglich Errichtung eines Kreiswahlbezirks. Dies wurde angenommen. Es wurden gewählt die Kollegen Klein, Schäfer und Krause. Kollege Müller wurde Stellung zum Vorstandswahlbezirk gewonnen. Kollege Müller nahm einen kurzen Bericht über die Tagessordnung und betonte, daß sich bei der Verbandsung mit wichtigen Fragen zu belasten habe, wobei auch die Tabakarbeiter berücksichtigt wurde und welche für die armen Tabakarbeiter wieder von grossem Schaden wäre. Erster habe man bei früherer Tagessitzung einberufen, aber jetzt sei sie ohne viel Bedeutung bemüßigt worden. An der Debatte beteiligte sich der Kollege Schäfer, der Seidemann, Dr. Nagel, Dr. Meier und Blohm. Es wurde die Belehrung des Kollegen Seidemann und Schäfer nicht bestätigt. Ferner wurde der Antrag gestellt, der Verbandsung sollte beschlossen, den Vorstand aufzulösen, darin in weiterer Folge die Wiederwahl im Tabakgewerbe aufzubehen. Es wird als eindeutig erkannt, daß die Wiederwahl im Tabakgewerbe aufzubehen ist und gleichzeitig die Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände aufzulösen. Dies wurde angenommen. Es wurden gewählt die Kollegen Schäfer, Dr. Nagel, Peterse, Frau Schwarze, Kleiderer, Anna Schink und der Sekretär Konrad. Am 10. September fand in Achim eine Stadtbewohnerversammlung statt. Zur Gaulkonferenz in Hannover wurde Kollege Müller gewählt. Sobald wurde Stellung genommen in einem Schreiben des Kreisaußenausschusses bezüglich Errichtung eines Kreiswahlbezirks. Dies wurde angenommen. Es wurden gewählt die Kollegen Klein, Schäfer und Krause. Kollege Müller wurde Stellung zum Vorstandswahlbezirk gewonnen. Kollege Müller nahm einen kurzen Bericht über die Tagessordnung und betonte, daß sich bei der Verbandsung mit wichtigen Fragen zu belasten habe, wobei auch die Tabakarbeiter berücksichtigt wurde und welche für die armen Tabakarbeiter wieder von grossem Schaden wäre. Erster habe man bei früherer Tagessitzung einberufen, aber jetzt sei sie ohne viel Bedeutung bemüßigt worden. An der Debatte beteiligte sich der Kollege Schäfer, der Seidemann, Dr. Nagel, Dr. Meier und Blohm. Es wurde die Belehrung des Kollegen Seidemann und Schäfer nicht bestätigt. Ferner wurde der Antrag gestellt, der Verbandsung sollte beschlossen, den Vorstand aufzulösen, darin in weiterer Folge die Wiederwahl im Tabakgewerbe aufzubehen. Es wird als eindeutig erkannt, daß die Wiederwahl im Tabakgewerbe aufzubehen ist und gleichzeitig die Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände aufzulösen. Dies wurde angenommen. Es wurden gewählt die Kollegen Schäfer, Dr. Nagel, Peterse, Frau Schwarze, Kleiderer, Anna Schink und der Sekretär Konrad.

Aus Achim.

Zum 10. September fand in Achim eine Stadtbewohnerversammlung statt. Zur Gaulkonferenz in Hannover wurde Kollege Müller gewählt. Sobald wurde Stellung genommen in einem Schreiben des Kreisaußenausschusses bezüglich Errichtung eines Kreiswahlbezirks. Dies wurde angenommen. Es wurden gewählt die Kollegen Klein, Schäfer und Krause. Kollege Müller wurde Stellung zum Vorstandswahlbezirk gewonnen. Kollege Müller nahm einen kurzen Bericht über die Tagessordnung und betonte, daß sich bei der Verbandsung mit wichtigen Fragen zu belasten habe, wobei auch die Tabakarbeiter berücksichtigt wurde und welche für die armen Tabakarbeiter wieder von grossem Schaden wäre. Erster habe man bei früherer Tagessitzung einberufen, aber jetzt sei sie ohne viel Bedeutung bemüßigt worden. An der Debatte beteiligte sich der Kollege Schäfer, der Seidemann, Dr. Nagel, Dr. Meier und Blohm. Es wurde die Belehrung des Kollegen Seidemann und Schäfer nicht bestätigt. Ferner wurde der Antrag gestellt, der Verbandsung sollte beschlossen, den Vorstand aufzulösen, darin in weiterer Folge die Wiederwahl im Tabakgewerbe aufzubehen. Es wird als eindeutig erkannt, daß die Wiederwahl im Tabakgewerbe aufzubehen ist und gleichzeitig die Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände aufzulösen. Dies wurde angenommen. Es wurden gewählt die Kollegen Schäfer, Dr. Nagel, Peterse, Frau Schwarze, Kleiderer, Anna Schink und der Sekretär Konrad. Am 10. September fand in Achim eine Stadtbewohnerversammlung statt. Zur Gaulkonferenz in Hannover wurde Kollege Müller gewählt. Sobald wurde Stellung genommen in einem Schreiben des Kreisaußenausschusses bezüglich Errichtung eines Kreiswahlbezirks. Dies wurde angenommen. Es wurden gewählt die Kollegen Klein, Schäfer und Krause. Kollege Müller wurde Stellung zum Vorstandswahlbezirk gewonnen. Kollege Müller nahm einen kurzen Bericht über die Tagessordnung und betonte, daß sich bei der Verbandsung mit wichtigen Fragen zu belasten habe, wobei auch die Tabakarbeiter berücksichtigt wurde und welche für die armen Tabakarbeiter wieder von grossem Schaden wäre. Erster habe man bei früherer Tagessitzung einberufen, aber jetzt sei sie ohne viel Bedeutung bemüßigt worden. An der Debatte beteiligte sich der Kollege Schäfer, der Seidemann, Dr. Nagel, Dr. Meier und Blohm. Es wurde die Belehrung des Kollegen Seidemann und Schäfer nicht bestätigt. Ferner wurde der Antrag gestellt, der Verbandsung sollte beschlossen, den Vorstand aufzulösen, darin in weiterer Folge die Wiederwahl im Tabakgewerbe aufzubehen. Es wird als eindeutig erkannt, daß die Wiederwahl im Tabakgewerbe aufzubehen ist und gleichzeitig die Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände aufzulösen. Dies wurde angenommen. Es wurden gewählt die Kollegen Schäfer, Dr. Nagel, Peterse, Frau Schwarze, Kleiderer, Anna Schink und der Sekretär Konrad.

Kontrollen durchzuführen. Die Wirtschaftswirksame Macht über erneut die einzeln unterste Ausübung der geschaffenen Bedingungen. Sodann mache Stollendorff einen Bericht über die in Aussicht stehende Tabakverordnung. Er führte aus, daß wenn in der Tabakverordnung, anno stehn bald bestellte Verhältnisse Blatt erlassen, wir traurigen Reaktionen entgegenwirken. Von der Gesetzesstellung sei alles mögliche verhindert werden, um Wendel an Kräften und um eine möglichst schwelle Belastung der Zigarettenindustrie mit Tabak erschlagen zu lassen. Außerdem forderte ich auch eine Kommission von Vertretern der der Raupe benannten Verbände nach Weimar geschickt werden, um mit den Vertretern der Regierung darüber zu verhandeln, um eine rechtzeitige Freigabe des Tabaks bei für die Alkoholrestriktionsstrebe bestimmt ist, zu erwirken, damit man die Chancen der Zigarettenindustrie bei einer Verarbeitung drohen, das zu überwinden wäre. Die Regierung habe sich dazu auch bereit erklärt und die Kommission eingesetzt, daß sie dafür sorgen mösse, den Rechtshabern der vorliegenden Meinung zu tragen. Trotz dieser Zusicherung sah mir Steiner einen gewissen pessimismus für die Zukunft unserer Industrie nicht unerträglich, welcher auch in seinen weiteren Ausschreibungen zum Ausdruck kam. Stollendorff erklärte weitere daß ihm die Fabrikanten Anlaß zu seinem Beifallsausdruck gegeben hätten. Diese stehen auf dem Standpunkt, daß sie waren sie nur mit überreichlichem Tabak versorgt werden, nicht in die Fäce leiten infolge der aciden Einfluß von essischen Zigaretten herunterzufallen zu bleiben. Die Fabrikanten sind der Meinung daß es ihnen bei Verarbeitung von nur überflächlichen Tabaken nicht möglich sei, noch Mundschutzanzüge herausstellen. Es müsse aus die Betriebe halbwässig in Faro zu behalten, daß sie es sonst machen, doch auch orientalische Tabake nach Deutschland hineinkommen. Stollendorff erklärte hierzu aus, daß noch große Vorräte dieser Tabake im Orient seien die auch bereits bewahrt werden könnten es aber gelingen werde, die selben herzustellen, könne es nicht kann. Sobald es muß aber von der Regierung dafür gesorgt werden, daß sie alle Mittel auswenden um diese Tabake hereinzuholen, um so den Aufsam, menbruch der Zigarettenindustrie zu verhindern. Das andernfalls der Rückenmenbruch erfolgt, steht schon daran Ferner doch bei den kleinen Verbänden bereits 300 Arbeiter entlassen worden sind während die im Betriebe verbliebenen Arbeiter nur noch arbeitslos Stunden arbeiten. Wahnsinn liegen die Verhältnisse in den anderen Betrieben also klare Sache tut not. Daß der Plauschion sprechen der Niederr. Hof und Land und die Niederr. Reinfe Größer vertrete den Wirtschaftsraum daß die Verhältnisse in der Zigarettenindustrie wirklich schlimme wären, aber der Stollendorff erklärte noch etwas zu kleinlich gemacht. Die Niederr. Reinfe erklärte, wenn welche bei dem Fabrikanten vorstellen werden um sie zu verhindern.

Haus Schorndorf

hatten eine sorgfältig vorbereitete Musterung auf die Bedeutung und die politischen Verhandlungen ein Erfolg zu feiern statt. In den letzten Verhandlungen verloren und vieles habe sich in dieser Zeit verloren. Dessen ausreichend beleuchtet er das Verhalten des Kürschnerhauses während des Friedenskrieges bestechend, als wenn die Handlungswise des Kürschnerhauses den Arbeitern zum Vorkommen verhelfen würde. (Welche Handlungswise denn eigentlich ist?) Kurz vor der im Januar kommenden Delegierten ist es, dem Kürschnerhauses über auf dem nächsten Verhandlungen zur Menschenwürde zu stehen. Da der beratende Ausschuss Delegation vertreter Kürschnerhauses nicht mehr Stellung nimmt. Es besteht doch es nicht mehr inhaltlich bei den Kürschner Deichmann noch länger als Vertreter der Arbeiter einzurichten. Die Taten, die dieser gegen die Arbeiter in Bremen verübt habe (Welche Taten denn eigentlich sind? Reb.), haben jetzt Reaktionäre Männer nicht fertig bekommen. Als nächste Stellung forderte die Kürschner Mehlke, um Kürschner Deichmann aus dem Verbande auszuschließen. Gegen dieselbe Petition wurde sich Kürschner Mehlke mit aller Schärfe, die Schärfe auf daß man sprach über das Verhalten des Kürschner Deichmann verschiedenes Meinung sein kann und kein Verhalten in verschiedenen Auslesemethoden verurteilen wird, wie dürfen uns hierbei nicht vom persönlichen Standpunkt leiten lassen. Wir müssen uns das Gute, das Kürschner Deichmann für die Gemeinde geleistet hat anerkennt. Kürschner Mehlke erklärte, ob es verhant ist noch wünschlich sei, den Kürschner Deichmann zur Menschenwürde zu stehen, denn es sei nicht ausgeschlossen, daß Kürschner Deichmann auf die Weiterleitung des Verbandes verzichte. Der Kürschner Mehlke wurde entheiligt, ihren Antrag auf Ausschluss des Kürschner Deichmanns bei nächsten Mittwochverhandlung auf Anhören vorzulegen. Dies soll auch mit den anderen bereits vorbereiteten Wirtschaften geschehen. Mit Standorten sollen die Kürschner Mehlke in Nachklausur eracht werden. Unter Berücksichtigung wurdet die sonst Tarif vornehmste Schlüsselkommission abfall. Viertelde Jahr sich aus den Kürschner Mehlke. Am besten und Beste ist als Erstakte Probstow und Frau Altmann zu nehmen. Sodann auf der Kürschner Mehlke ist nach dem Ergebnis der Verhandlungen betreut der Verhandlungsrat, der in letzter Zeit überhand nehmenden Deichtäftele bekannt. Hierbei soll der Kürschner Mehlke das an den Fahrlässigen gerichtete Urteil des Kreistages bekannt machen, das dahin lautet, daß die Arbeiter gegen eine Erbbausitzung nicht einzumischen hätten. Dieses Schreiben wurde von allen Anwesenden schriftlich verurteilt. Es wurde ein Antrag angenommen, welcher besagt, daß sich die arbeitsmarktfähige von Groß Berlin mit aller Schärfe gegen eine Erbbausitzung ausspielen. Damit die Deichtäftele am nächsten

Eine Gaukonferenz für den Gau

Hamburg

organisationen hat beständig eingriffen. Ende 1914 lehnte die obdulation wieder ein. Der Verband steht jetzt finanziell ge- setzt dar; es muss aber in Rücksicht auf den starken Anstieg an üblichen Mittelschaltern keine Einnahmen und Ausgaben auf dem kommenden Verbandsstaat revidieren. Nur mit Geld lassen sich die führen. Durch plannmässige zusammengefasste Verfahren an den Finanzberstellern weltweite Rückständisse abgrenzen werden. Die Weisheitlichkeit der Kollegen in einlaufen Beiträgen hörte eine bessere Fortierung. An dem baldigast abauschließen. Reichelheit noch eine der Gesamtfolgeenschaft zufriedenstellende erlute der Lohnfrage stattfinden. Wirtschaftsländer werden zu austarben; der Kommissaräster unseres Verbandes soll ac- tri merken. Der Verbandsstaat muss seine Weisheitlosse so lassen, mit den kommenden Admisen gerüstet gegenüberstehen. Tie sind an der S. M. am Schloss, Hamburg Freiherr, Büros- car. Bonnoper Hadelberg Osterloo Geldbran- buren Hansemünderleben Stumme-Werden Schmitz- brungen und Masse Geldschafft betrieben. Erste 11. De-

Stimmenen Wm. Müller Webner. Für eine Präzessplatte der Großenlofto
forbert lediglich Streikunterstützung zu zahlen. Tollerette wurde an
forbert, lediglich Streikunterstützung zu zahlen. Der Reichstags-
ruck den Tabakarbeitern einen anderen Berufen als Tabakarbeiter
Kohn siedern. Folgende Resolution fand sich einstimmig an
nahme: Die Gaulkonferenz erklärt sich mit den Vorschlägen des
Vorstandes bezüglich Vertragsabschaltung und Unterstützungsbeiträgen
tungen einverstanden und verpflichtet sich, mit aller Kraft für die
Durchführung derselben einzutreten. Über Vorbereitung und
sprach Hadelbera. Die Einzelvereinigungen aus der früheren
Zeit hatten mit der westfälischen Flußbetzung ihren Abschluß ge-
funden. Der Kreis brachte uns die zentralen Abmachungen zum
Besten der Gesamtlosigkeit. Die öffentlich-rechtliche Grund-
lage derselben zwang die Lohnleiter zur Aktion. Am kommenden
Mittwoch wird neben einer ausreichenden Gründlichkeit
den Orten Ellensbogenfreiheit gewährt sein. Nur Vierkommunen-
festigung und weiterer Ausbau der zentralen Lohnabschlüsse führen
und Tabakarbeitern unsere Erfolge. Das Interesse der teilnahms-
losen Kollegen muß wacherufen werden; denn nur, wenn alle mit-
arbeiten, sind große Erfolge zu verzeichnen. An der Diskussion
wurde der Nur-Mitarbeiter von Matzendorf-Hamburg vor-
treten, auch ist die Arbeitsgemeinschaft das reaktionärste Gebilde
aus der Kreiszeit. Peebisch, Schiffbez. will dem Vorstand ein
Männerkonservatorium auseinanderstellen, weil es ohne Vorstand bei Lohnbe-
gutungen besser geht. Am Abend wird von Freiherr-Sched-
Moritz, Hannover, Freiald-Wilhelmshausen, Selsden
Osterholz, Hamburg, Buxdorf, Bremen und Moritz, hilfes-
heim der Wert der zentralen Abmachungen anerkannt. Unsere Be-
wegung 1918 brachte uns das Geschlecht an Lohnabschaltung als in
den Jahren von 1901 und 1914 insgesamt erreicht worden ist. Die
weibliche Arbeitskraft ist ein Hindernis darum bei der Gebundung
unseres Lohnveaus. Die Räte werden erfolgreich nur innerhalb
und durch die Gewerkschaften arbeiten können. Heute 4 Stimmen
fand folgende Resolution Annahme: Die Konferenz erklärt sich
mit der Lohnpolitik die der Vorstand während der Kreiszeit ge-
führt hat, einverstanden und erwartet, daß der Vorstand mit aller
Gewalt dafür einzutreten wird, die Lohn- und Arbeitsbedingungen
rechtsstaatlich zu regeln. Eine Mütterenresolution für unsere
Parlamentskostenen bestimmt vom Kollegen Namenshof eingerichtet,
durch Übergang zur Tagesordnung ihre Erledigung. Ein
weiterer Antrag wirds Wiebe-errichtung des Hauses Hannover
wurde dem Verbandsvorstand überreicht. Zum Schlus wurde dem
sicheldenden Kollegen Hadelbera einstimmig die Anerkennung aus-
gesprochen; mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Tabak-
arbeiterverband fand die Tagung einen wohltuenden Schluss.

Aus Schorndorf.

Um 18. September fand in Schorndorf Mittelsleberversamm-
lung statt. Kollege Groß forderte die anwesenden nichtorganisi-
erten Kolleginnen mit Erfolg auf, dem Verband beizutreten. Zum
Punkt: Verbandstag wies Kollege Groß in längeren Ans-
sprüchen auf die stemmlich weitegehenden Statuteränderungen hin,
in besonderen streifte er die vom Vorstand vorgeschlagene Be-
tragserhöhung, mit welcher von vornherein zu rechnen gewesen sei;
es müsse ein Fonds geschaffen werden, um bei gegebener Zeit ne-
rappt zu sein, da wir nach drohender Flut aber zu ersätteln hätten.
Ferner ging Reduer auf die unhalzbaren Zustände ein, die infolge
der Bestimmung, daß nur 8 % der Volkskasse verblieben, gekommen
seien. Mit so ein paar Groschen ist nichts anzufangen. Dadurch
habt die Kollegen in ihrer Missionararbeit gehemmt; anstatt den
ähnlichen Kollegen eine kleine Entschädigung zu geben, sind sie ne-
wegen, ihre ohnehin schon spärlichen Groschen noch für diese
Zwecke zu verwenden. Das ist am falschen Platz aufspart, denn
eine Organisation am Platze erhält so wenig Mittel zur Ver-
breitung. Die Zahlstellen unseres Verbandes haben das Sparen
elernt. Sie wissen, wie man einzahlen muß; deshalb verlangen
sie, wenn unsere Kleinarbeit nicht unterbunden werden soll, daß
der Verbandstag weitreichiger ist, als die Mündigkeit des Vorstandes.
Es wurde beschlossen, einen diesbezüglichen Antrag einzureichen.
Als Rundschau wurde der Kollege Heinrich Groß einstimmig auf-
gestellt, derselbe soll allen Zahlstellen im 41. Wahlkreis empfohlen
werden. Unter Verschiedenes kam der Vorsitzende auf unscre
unfaßbaren Lohnverhältnisse zu sprechen. Er führte aus, daß wir
durch die letzten Lohnvereinbarungen zum langsamsten Verhungern
geradezu verurteilt seien, man könnte glauben, daß die Kollegen,
welche dieses Muster von Lohnvereinbarungen produziert haben,
nicht auf dem Laufenden gewesen seien. Dies gäbe besonderen
Anlaß, den kommenden Reichstarif vorher genau zu betrachten,
 damit man nicht aufs neue mit gebundenen Händen halb ver-
hungern müsse. Man müsse bei den Firmen vorgehen, um unsere
Löhne zu erhöhen. Die Kollegen Erdönde und Bürk schlossen
sich diesen Ausschlußvorschriften an. Es wurde eine Kommission bestimmt,
 bestehend aus den Kollegen Groß, Erdönde und Karoline
i d l i n g m a n n , dieselben sollen unverzüglich mit der Firma
ürgen in Verhandlung treten. Zum Schluss ermahnte der Vor-
zende, sich mehr als bisher mit den Organisationsverhältnissen
beschäftigen.

Zum kommenden Verbandstag

Die Arbeiten des Verbandstaates sollten von den Delegierten erledigt werden, wie es notwendig ist, um wirklich etwas für die im Not und Elend stehende Tabakarbeiterchaft zu erreichen. Das gehört, daß vor allem Leute die Delegation übernehmen bzw. wählbar werden, die als Vertreter der wirtschaftlichen Interessen Massen hinter sich haben. Außer den wirtschaftlichen Fragen, die Verbandstaat in einer eindrücklichen Weise zu behandeln hat, steht die Finanzierung des Verbandes an die erste Stelle. Auch stadtstrebenenden Entwicklungskämpfen gehören auch Mittel. Diese Mittel bestehen in erster Linie in der Finanzfrage, am weitesten der Leitung der wirtschaftlichen Interessenvertretung, und weiter in der Durchführung derselben. In diesen drei Gebieten sollen die Schwerpunkte, an die der Verbandstaat heranzutreten. Berücksichtigen wir daß Alte, was erscheinen! Neues Leben, das alle zum Kampfen soll in unsere Reihen kommen. Denn nur durch den Kampf kommt die gesamte deutsche Tabakarbeiterchaft zum Riege und zum Siege. Mit jenen, die uns Tabakarbeiter wirtschaftlich ausbauen und uns nicht als gleichberechtigt am Produktionsprozeß anerkennen, dürfen und können wir keine Gemeinschaft haben. Kein Unterschied soll und darf bestehen in der Welt: jeder Mensch will und soll leben. Alle sollen arbeiten und geistig wachsen wollen wir das Gewonnene der Allgemeinheit aufführen. Wenn alle in diesem Sinne wirken dann ist die deutsche Tabakarbeiterchaft wieder einen Schritt dem Riege näher. Soll der Kettensäge als wirtschaftlicher Geschäftszweig der wirtschaftlich Ausgebeuteten dienen, so ist es bitter wider daß jeder organisierte Tabakarbeiter seiner Flicht bewußt sein muß alles daran zu lehnen, daß die deutsche Arbeiterschaft vom Dienste des Kapitalismus befreit wird.

Wilhelm Kroneberg, Nordhausen a. S.

als Verbandstagskandidaten werden in Vorschlag gebracht:

Für den 2. Wahlkreis:	
Dr. Vobbenkamp, Bremen.	
O. Fehrmann,	
W. Luetus,	
O. Mehnert sen.,	
O. Mehnert,	
W. Wiers,	
R. Siegmund,	
O. Schäfer,	
O. Wöhrl,	
W. Wiemken,	
Für den 3. Wahlkreis:	
G. Trenherr, Lübeck.	
K. Kossian, Koskod.	
Otto Schurbohm, Recklinghausen.	
Für den 4. Wahlkreis:	
Erich Hawry, Verden.	
Johann Brünjes, Ritterhude.	
August Möller, Achim.	
Für den 5. Wahlkreis:	
Heinrich Voroz, Hannover.	
Für den 6. Wahlkreis:	
Alfred Hermann, Braunschweig.	
Wilhelm Stengel, Bovenden.	
R. Blaatz, Hildesheim.	
Für den 7. Wahlkreis:	
Paul Oppermann, Oranienbaum.	
Georg Henke, Magdeburg.	
Karl Lingner, Teltow.	
Ludwig Paesch, Cöthen.	
Edithelin Höllner, Egelsberg.	
Für den 9. Wahlkreis:	
Kurt Fiedler, Tresslitz.	
Für den 12. Wahlkreis:	
Hermann Ochsenfahrt, Heiligenstadt.	
Für den 13. Wahlkreis:	
Paul Blasiusmeier, Osnabrück.	
Hubert Schnitz, Coesfeld.	
W. Kiel, Burgsteinfurt.	
Für den 14. Wahlkreis:	
Bernhard Terk, Emmerich.	
Gerhard Küpperz, Neuenkirchen.	
Für den 15. Wahlkreis:	
M. Schwiegerath, Aplerbeck.	
Für den 16. Wahlkreis:	
Johann Aherer, Remscheid.	
Für den 17. Wahlkreis:	
Karl Krohne, Barshausen bei Minden.	
H. Schomburg, Blotho.	
Für den 18. Wahlkreis:	
Heinrich Michaud, Kirchlengern.	
W. Landree, Herford.	
Fritz Ahorn, Stift Querfurt.	
Für den 19. Wahlkreis:	
Hermann Ebert, Belsenkamp.	
Wilhelm Hartwig, Klein-Wilschen.	
Für den 20. Wahlkreis:	
Karl Vienke, Bünde.	
Für den 21. Wahlkreis:	
Hermann Behmeyer, Enger.	
Fritz Brinsma, Spende.	
Für den 22. Wahlkreis:	
Dietrich von Stigz, Dielefeld.	
Für den 23. Wahlkreis:	
W. Hirseler, Münster.	
Wilh. Schmidt, Lübbecke.	
Für den 24. Wahlkreis:	
Alfred Niel, Gießen.	
Heinrich Günther, Gießen.	
Für den 25. Wahlkreis:	
Jakob Nonn, Hanau.	
Valentin Joseph Heinzinger, Klein-Wilschen.	
Für den 27. Wahlkreis:	
Kilian Kämmerer, Frohsdorf.	
Für den 28. Wahlkreis:	
Wilhelm Steuhlen, Lampertshain.	
Für den 29. Wahlkreis:	
Ludwig Münch, Frankfurt a. M.	
Für den Wahlkreis 29 a:	
Christian Schmitt, Offenbach a. M.	
Für den 30. Wahlkreis:	
Joseph Brek, Ballenbach.	
Johann Plüssel, Mainz.	
Für den 31. Wahlkreis:	
Otto Löberlein, Würzburg.	
Für den 32. Wahlkreis:	
Ferdinand Dahms, Mannheim.	
Josef Schmitt, Oggersheim.	
Frau Schwarz, Mannheim.	
Franz Brunn, Neckarhausen.	
Für den 33. Wahlkreis:	
Frau Roth, Mainz, Neimen.	
Franz Albertine Kettmann, Kirchheim.	
Johann Kraß, Heidelberg.	
Michael Wolf, Wiesloch.	
Fräulein Kärtner, Sandhausen.	
Wilhelm Dell, Heidelberg.	
Heinrich Windisch, Kirchheim.	
Frau Wagner, Wiesloch.	
Franz Ebner, Rohrbach.	
Fräulein Fröhlich, Hammelthal.	
Für den 35. Wahlkreis:	
Joseph Wege, Hochheim.	
Für den 36. Wahlkreis:	
Franz Marie Wolf, Speyer.	
Für den 39. Wahlkreis:	
Hermann Burkhart, Karlsruhe.	
Für den 40. Wahlkreis:	
O. Huberli, Baden-Baden.	
Für den 41. Wahlkreis:	
Friedl Weigel, Calw.	
W. Schönberger, Löffingen.	
Für den Wahlkreis 41 a:	
Heinrich Salmon Groß, Schorndorf.	
Für den 43. Wahlkreis:	
Johannes Feuer, Heidenheim.	
Mudoli Ros, Steineheim.	
Für den 44. Wahlkreis:	
Hermann Polmer, Heilbronn.	
Max Volz, Heilbronn.	
Für den 46. Wahlkreis:	
Konrad Bauerhövel, Panchberg.	
Georg Schweigert, Ansbach.	
Für den 47. Wahlkreis:	
Karl Schmidt, Neustadt.	
Für den 48. Wahlkreis:	
Gottfried Sieferle, Weingarten.	
Für den 49. Wahlkreis:	
Bernhard Reichenbach, Gerolzhofen.	
Für den 50. Wahlkreis:	
Franz W. O. Schäffer, Stuttgart-Untertürkheim.	

